

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (3. Jahrgang, Nr. 4, April 2009)

*Dem Herrn gehört die Erde und was sie erfüllt,
der Erdkreis und seine Bewohner*

Psalm 24,1

Alle reden von der



wir auch ...

*... und wir nehmen zur Kenntnis und diskutieren, was Politiker und in unserer Gesellschaft engagierte Organisationen dazu zu sagen haben. Bei **attac** fanden wir die nachfolgenden Ausführungen, die wir unseren Leserinnen und Lesern zur Kenntnis geben:*

Diese Krise ist kein Zufall

Immobilienkredite

Ein Auslöser der Krise, die als Bankenkrise in den USA begann, waren unsichere Kredite für Eigenheime. Windige Geldverleiher bündelten sie zu Fonds und verkauften sie am Finanzmarkt weiter, womit sie schließlich Banken und Häuslebauer ins Verderben rissen. Dem Platzen der Immobilienblase folgte der Zusammenbruch der Kreditpyramide, die die Banken in den letzten Jahren aufgebaut haben.

Die Banken

Die Banken haben sich längst von einer Dienstleistungsrolle für die Realwirtschaft gelöst. Mit immer gewagteren Finanzkonstruktionen riskierten sie den Kollaps des ganzen Finanzsystems. Mit dem Ausbruch der Krise wollte keine Bank einer anderen noch Geld leihen, auch für Investitionen sind Kredite für Unternehmen immer schwerer zu bekommen.

Spekulative Fonds

Hedgefonds bieten besonders hohe Renditen bei großem Risiko. Indem sie mit geliehenem Geld oder Wertpapieren auf Kursgewinne oder -verluste setzen, vervielfältigen sie zusätzlich ihre Wirkung. Ihre gewagten Spekulationen destabilisieren Betriebe, Banken und Währungen und verstärken den verhängnisvollen Druck auf politische Entscheidungen.

Fehler im System

Seit Jahrzehnten zirkuliert immer mehr gesellschaftlicher Reichtum in Form von Kapital auf der Jagd nach Rendite um die Welt. Immer weiter verschärfen sich dabei die globalen Ungleichgewichte. Den Multimillionären stehen inzwischen fast eine Milliarde Hungernder gegenüber. Auch in den reichsten Ländern klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Verantwortung der Politik

Die Politik hat über viele Jahre bewusst die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben. Sie schaffte Kapitalverkehrskontrollen ab, verweigerte sich dringenden Forderungen nach Regulierung und erhöhte durch Steuerenkungen, Privatisierungen und Umverteilung von unten nach oben ständig den Kapitalzufluss auf die Finanzmärkte.

Wir fordern

Die Verursacher müssen zahlen!

Weltweit nehmen Regierungen derzeit Milliarden an Steuergeldern in die Hand, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden. Diese Rettungsaktionen dürfen nicht zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Attac fordert eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen, um die Kosten der Krise zu finanzieren.

Die Banken entmachten!

Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter Öffentliche Kontrolle. Dabei reicht es nicht, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen. Auch finanzstarke Institute müssen demokratische Kontrollmechanismen hinnehmen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.

Finanzmärkte kontrollieren - ihre Macht brechen!

Attac fordert das Verbot des Schattenbankensystems aus Hedgefonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren. Ein Finanzmarkt-TUV muss her:

Neue Finanzinstrumente dürfen erst nach einer Standardisierung und Prüfung gehandelt werden. Attac fordert die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive Devisentransaktionen), um Spekulation und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte zu reduzieren.

Steueroasen schließen!

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuererhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern sind auch zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Hier wurden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich geschlossen werden.

Den öffentlichen Sektor den Finanzmärkten entziehen!

Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden. Weitere Privatisierungen kommen nicht in Frage. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch, der Gesundheitsfonds und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme müssen zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beiträgt, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

Die Krise sozial bewältigen!

Unzählige Menschen werden in der kommenden Zeit von Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung betroffen sein. Das Handeln der Regierungen darf sich nicht auf Rettungsmaßnahmen für Banken beschränken. Wir fordern ein ökologisches Umbauprogramm und massive Investitionen in die soziale Infrastruktur, um die konjunkturellen Folgen sozial abzufedern. Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen.

Quelle: attac-Rundbrief 04-08

Im Arbeitskreis befassen wir uns mit den gesellschaftlichen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und fragen uns, welche Auswirkungen wohl in den folgenden Jahren und Jahrzehnten die milliardenschweren Konjunkturpakete auf die Menschen haben werden. Wie sollen diese Beträge jemals abgetragen werden? Es gibt Wirtschaftsfachleute, die sagen, dass hierfür einhundert Jahre mit tiefen Einschnitten in die finanziellen Möglichkeiten des Staates nötig sein werden und wir uns alle auf ein einfacheres Leben einstellen müssen. Und wir fragen uns: Wie stabil ist unsere Gesellschaft. Hält sie diese Krise aus, oder besteht die Gefahr der Radikalisierung? Auf die Frage, wie wir unsere Gesellschaft: künftig vor solchen Krisen bewahren, gehen die Auffassungen weit auseinander, vor allem in der Frage: brauchen wir mehr oder weniger Staat?

Kommt zu uns und beteiligt Euch an den Diskussionen.

Klaus-Rainer Martin

Gott hat den Schuldschein, der gegen uns sprach, durchgestrichen und seine Forderungen, die uns anklagten, aufgehoben.

Monatsspruch für April 2009; Kol. 2,14

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität trifft sich am **Montag, 25. Mai 2009 und am Mittwoch, 24. Juni 2009 jeweils von 18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Sievekingsaal)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen. Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Rüdiger Friebel, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg